

Private Altersvorsorge

Riester-Rente vor dem Aus? Experten fordern massive Reform

Eine Expertengruppe hat Vorschläge für die Reform der privaten Altersvorsorge vorgelegt. Sie spricht sich für einfachere und kostengünstigere Angebote aus. Darauf warten Riester-Versicherte seit Jahren.

Als Möglichkeit nennt die Kommission auch die **Übernahme von Verbesserungen auf bestehende Riester-Verträge**, wie aus dem vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Abschlussbericht hervorgeht. Die Expertengruppe bilden Regierungsvertreter, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Finanzanbieter und Verbraucherschützer. Das macht Hoffnung, dass alle wichtigen Interessengruppen die angedachte Reform mittragen.

Ampel will Verbesserungen der Riester-Rente

Die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, sie wollten „das bisherige System der privaten Altersvorsorge grundlegend reformieren“. Diese gilt als wichtiger Baustein für die Absicherung im Alter, ihre Verbreitung ist aber rückläufig.

Zur Vorbereitung der geplanten Reform setzte die Bundesregierung Ende 2022 die „Fokusgruppe private Altersvorsorge“ ein. Sie tagte seit Jahresbeginn laut Finanzministerium sechs Mal, unter dem Vorsitz von Florian Toncar, Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP).

Ein Hauptgrund für die rückläufige Nachfrage bei Riester-Policen ist, dass die Finanzwirtschaft hohe *Gebühren* in Rechnung stellt. Die zehren die staatlichen Zuschüsse weitgehend auf. Ein Beispiel dazu findet sich weiter unten. Im September gab es bundesweit 10,538 Millionen Riester-Verträge, mit seit Jahren rückläufiger Tendenz. Experten und Verbraucherschützer fordern seit Jahren Änderungen bei der Riester-Rente. Bislang ohne Erfolg.

Experten: Vor allem Junge, Geringverdiener und Eltern fördern

Bei der künftigen staatlich geförderten privaten Altersvorsorge sollten weiter „junge Menschen, Menschen mit geringen Einkommen und Eltern besonders gefördert werden“, heißt es nun in den Empfehlungen des Abschlussberichts der Expertengruppe.

Als mögliche Ziele werden dabei „besser nachvollziehbare Zulageformen, eine vereinheitlichte Kinderzulage, eine Reform des Berufseinsteigerbonus sowie eine Anpassung des Höchstbetrags“ beim Sonderausgabenabzug in der Steuererklärung genannt. Die Mehrheit der Gruppe sprach sich dafür aus, ausgebliebene Anhebungen beim Höchstbetrag nachzuholen oder diesen zu dynamisieren.

Es müsse zudem verschiedene Angebote für verschiedene Risikotypen geben, heißt es weiter. Für Menschen mit hoher Sicherheitsorientierung sollten weiterhin Produkte mit Garantien angeboten werden. Da dies allerdings die Renditechancen mindere, sollten auch Produkte ohne Garantien möglich sein.

Kosten sollen sinken

Die Expertengruppe fordert zudem, Möglichkeiten zur Senkung der Kosten auszuschöpfen. Genannt werden dabei Vereinfachungen der Produkt- und Bürokratieanforderungen sowie einfachere

Wechselmöglichkeiten zwischen den Anbietern. Um den Wettbewerb zu stärken, sollten unterschiedliche Kosten transparent dargestellt und unterschiedliche Angebote vergleichbar gemacht werden - etwa über eine digitale Vergleichsplattform.

Der Expertenbericht soll nun „zeitnah“ dem Kabinett vorlegt werden. Das Finanzministerium betonte, es wolle darauf „schnelle und konkrete gesetzgeberische Schritte“ folgen lassen. Ziel sei es, mit den anderen zuständigen Ressorts „einen Vorschlag für die grundlegende Reform der privaten Altersvorsorge“ zu erarbeiten.

So funktioniert die Förderung bei der aktuellen Riester-Rente

Um die maximale Zulage zu erhalten, müssen Beschäftigte aktuell mindestens vier Prozent ihres rentenversicherungspflichtigen Einkommens einzahlen – **abzüglich der staatlichen Förderung.**

- Die **Grundförderung** beträgt **175 Euro** im Jahr.
- **Kinderzulage 1:** Für jedes bis 31.12.2007 geborene Kinder gibt es jährlich **185 Euro.**
- **Kinderzulage 2:** Jedes danach geborene Kind wird mit **300 Euro** jährlich gefördert.
- **Berufseinsteiger** unter 25 Jahren bekommen einen **einmaligen Bonus** von **200 Euro.**

Rechenbeispiel: Ein Paar mit zwei kleinen Kindern bekommt jährlich 950 Euro Förderhilfen.

Damit Geringverdiener von der Riester-Rente profitieren können, beträgt der Sockelbetrag bei der Riester-Rente **jährlich 60 Euro.** Bürger mit niedrigem Einkommen müssen nur diesen Sockelbetrag zahlen, um die volle staatliche Förderung zu erhalten.

Riester-Sparer können ihre Eigenbeiträge als Sonderausgaben steuerlich geltend machen. Damit bleiben diese Beträge steuerfrei. Pro Jahr ist das für Beträge bis zu 2100 Euro möglich. Dabei gilt: Je mehr ein Riester-Sparer verdient – je mehr Steuern er also zahlt, desto größer ist sein Spareffekt.

Hohe Kosten belasten

Von der aktuellen Förderung profitieren vor allem Eltern und Geringverdiener. Aber die vielfach hohe Kostenbelastung macht die Riester-Police unattraktiv.

Ein Beispiel aus dem realen Leben: Der Autor dieser Zeilen hat im Jahr 2005 eine Riester-Police über eine fondsgebundene Rentenversicherung abgeschlossen. Die Sparbeträge fließen in drei internationale Aktienfonds.

Förderung und Kosten

Die Police erhielt staatliche Förderung in Höhe von **2719 Euro** (Stand 18.7.2023). Kinderzulagen flossen nicht.

An Gebühren fielen an:

- Abschlussgebühren im Jahr 2005: **2876,30 Euro**
- Kosten für Verwaltung (gesamte Vertragslaufzeit bis 31.12.2022): **3973,28 Euro**

Damit belaufen sich die **Gesamtkosten auf üppige 7199,58 Euro.** Sie liegen mehr als doppelt so hoch wie die staatlichen Zulagen. Die Rechnung geht für den Riester-Kunden nur dann auf, wenn die Fonds im Lauf der Jahre so hohe Kursanstiege verzeichnen, dass sich damit die Kosten bestreiten lassen und eine angemessene Rendite übrig bleibt.

Viele offene Fragen

Viele Riester-Sparer dürften die Pläne der Bundesregierung mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen. Doch noch ist nicht klar, bis wann eine mögliche Reform greift. Das Bundesfinanzministerium konnte auf Nachfrage von FOCUS online dazu keine Angaben machen. Viele Verbraucher dürfte auch interessieren, wie sie mit ihren aktuellen Riester-Verträgen in ein künftiges neues Fördermodell wechseln könnten. Noch lässt sich das nicht sagen.